

Macht und Identität.

Das Dilemma der Bündnisgrünen vor der Bundestagswahl 2002

Festvortrag bei der Eröffnungsfeier des neuen Domizils des Archivs Grünes Gedächtnis

Berlin, 31. Januar 2002

Anschrift des Verfassers:

PD Dr. Richard Stöss
Freie Universität Berlin, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
Otto-Stammer-Zentrum (Arbeitsstelle für Empirische Politische Soziologie)
Innestr. 26, 14195 Berlin
Tel. (030) 838-52023, Sekr. (030) 838-55045, Fax (030) 838-54960
E-Mail: rstoess@zedat.fu-berlin.de
Internet: <http://www.polwiss.fu-berlin.de/osz/index.htm>

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich habe der Bitte der Heinrich-Böll-Stiftung gerne entsprochen, anlässlich der Einweihung des neuen Hauses des Archivs Grünes Gedächtnis hier in Berlin einige Überlegungen zu gegenwärtigen Situation der Partei Bündnis 90/Die Grünen vorzutragen. (Die offizielle Kurzform des Parteinamens lautet übrigens "GRÜNE", und daher werden ich diese Bezeichnung im Folgenden auch verwenden.) Dass mir dieser "Festvortrag" überantwortet wurde, habe ich – offen gestanden – auch ein bisschen als Ehre und als Anerkennung meines diesbezüglichen Beitrags zur Parteienforschung aufgefasst.

Seit Mitte der siebziger Jahre haben wir uns in dem inzwischen aufgelösten "Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung" an der Freien Universität Berlin mit den Diskussionen innerhalb der Umwelt- und Anti-Atombewegung über die Chancen und Risiken von Wahlteilnahmen befasst, die Initiativen zur Bildung zunächst von kommunalen Wählergemeinschaften, dann von grünen, bunten und alternativen Listen auf Landesebene, schließlich die Entstehung der "Sonstigen Politischen Vereinigung" Die Grünen zur ersten Direktwahl des Europaparlaments im Jahr 1979 und endlich den Schritt zur Gründung einer Bundespartei im Januar 1980 analysiert und dokumentiert. So wuchs im Rahmen des Parteienarchivs des Zentralinstituts ein umfangreicher Spezialbestand über die Vor- und Frühgeschichte der Grünen, der mit der Abwicklung des Zentralinstituts im Archiv Grünes Gedächtnis einen würdigen und professionell organisierten Standort gefunden hat.

Kurz nach der Bildung der Bundespartei habe ich gemeinsam mit Lilian Klotzsch, die auch maßgeblich zum Aufbau unseres Grünen-Archivs beigetragen hat, die erste umfassende politikwissenschaftliche Analyse über die Geschichte und Struktur der Partei vorgelegt, die, ohne dass wir das damals ahnen konnten, alle Probleme aufzeigte, mit denen sich die Grünen bis heute herumschlagen müssen – abgesehen einmal von der Vereinigung der Westgrünen und dem Bündnis 90, was Anfang der achtziger Jahre aber wohl kaum vorhersehbar war (Klotzsch/Stöss 1984).

Während meiner nunmehr 25jährigen Beschäftigung mit den Grünen in Forschung und Lehre hat die Partei unentwegt alles dafür getan, dass sich bei ihrer Beobachtung niemals lange Weile einstellt. Der sich in atemberaubender Geschwindigkeit und chaotisch vollziehende Aufstieg der Grünen aus den tiefen Tälern diverser versprengter Protestszenen der siebziger Jahre hinauf zum Olymp der politischen Machtausübung in der Bundesrepublik hat unser Parteiwesen nicht nur qualitativ bereichert. Er stellte auch eine ernsthafte Herausforderung für die Parteienforschung dar. Denn mit den herkömmlichen Methoden der klassischen Parteiensoziologie, die auf die ver-

gleichsweise übersichtlichen und weithin berechenbaren etablierten Parteien gemünzt sind, war dem, wie ein Faschingszug daher kommenden, Konglomerat aus "Spontis und Naturschützern, Christen und Sozialisten, Pazifisten und Feministinnen, Radikaldemokraten und Kommunisten, Bürgerinitiativen und frustrierten Sozialdemokraten" (Schroeren 1990: 9) kaum beizukommen.

Charakteristisch für die Grünen dürfte auch sein, dass die Bewertung des bisherigen Wegs der Partei und ihrer Zukunftsaussichten sehr stark variiert. Einige Beobachter aus Wissenschaft und Medien sehen die Partei in einer tiefen Krise und prognostizieren ihr eine düstere Zukunft, andere neigen hingegen dazu, ihre bisherige Entwicklung als Erfolgsmodell auszugeben. Die Führungsgruppen sind selbstverständlich optimistisch. Die Mitarbeiter Rudi Hoogvliet und Michael Wedell behaupten beispielsweise, dass die Grünen in der relativ kurzen Zeit ihres Bestehens politisch mehr bewegt hätten als alle anderen Parteien und dass keines der großen Reformprojekte der amtierenden Bundesregierung ohne die Grünen realisiert worden wäre (Hoogvliet/Wedell 201: 52). Dagegen steht der Vorwurf des Verrats an den eigenen Prinzipien und des Opportunismus gegenüber der SPD (Rulff 2001: 59). Die Grünen hätten sich von einer systemkritischen zu einer systemtragenden Partei entwickelt und dafür den Verlust von Verbündeten in den neuen sozialen Bewegungen und der außerparlamentarischen Linken in Kauf genommen. Daher sei es kaum verwunderlich, dass sie seit ihrem Eintritt in die Bundesregierung bei allen Landeswahlen Einbußen hinnehmen mussten (Hurrelmann 2001: 46)¹.

Nach Joachim Raschke sind die Bündnisgrünen "letztlich unvorbereitet" in die Bundesregierung eingetreten (Raschke 2001: 16). Für das Scheitern der West-Grünen bei der Bundestagswahl 1990 hatte er bereits "das Fehlen zugleich legitimer und effizienter Strukturen" (Raschke 1991: 170; ausführlich: Raschke 1993) verantwortlich gemacht. Die Krise der Bündnisgrünen als Regierungspartei auf Bundesebene erklärt er vor allem mit ihrer "Strategieunfähigkeit". Es sei ihnen nicht gelungen, ein "strategisches Zentrum" zu entwickeln, das die "grundlegenden Orientierungs- und Steuerungsleistungen" zu erbringen in der Lage sei (Raschke 2001: 23ff., 10f.). "Rot-Grün wird nicht mit einem lauten Knall enden", orakelt Raschke (ebda.: 419), "sondern mangels Begeisterung fast geräuschlos auslaufen. Wahrscheinlich 2002 – wenn die Wählerlaunen es wollen, ein paar Jahre später."

Dass sich die Grünen in programmatischer, struktureller oder personeller Hinsicht in einer Krise befinden, wird ihnen seit ihrer Gründung vorgehalten². Ihre Krise begann – recht besehen – schon

1 Nimmt man die Europawahl hinzu, dann waren es insgesamt 14 "Wahlniederlagen" (Tabelle 1, S. 12ff.).

2 Exemplarisch sei hier die Vermutung von Thomas Schmid (1986: 46) ein Jahr vor der Bundestagswahl 1987 angeführt, dass die Grünen Gefahr liefen, "aus der politischen Landschaft der Bundesrepublik zu verschwinden". 1987 erzielten die Grünen mit 8,3 Prozent dann ihr bislang bestes Wahlergebnis bei Bundestagswahlen.

vor ihrer Gründung als Bundespartei. Genau genommen bildete die Krise der grün-alternativen Bewegung überhaupt erst den Anlass für die Parteigründung. Und wenn sich die Grünen ausnahmsweise einmal nicht in einer Krise befanden, wurde das nicht selten als plötzliches Auftreten einer ungewöhnlichen Situation interpretiert – eben als Krise. Im Ernst: Rolf Ebbighausen (1981) hat eindrucksvoll herausgearbeitet, dass Politische Soziologie seit ihren Anfängen, seit den bahnbrechenden Arbeiten von Moisei Ostrogorski und Robert Michels Anfang des letzten Jahrhunderts, immer auch Krisendiagnose ist. Politischen Krisen führen jedoch nicht notwendigerweise in den Abgrund. Sie bergen vielmehr konstruktive und destruktive Elemente, und daher kommt es darauf an, wie sie verarbeitet werden, welche Lernprozesse sie auslösen.

Patrick Horst (2001) hat sich gerade erst in einem Beitrag für die Zeitschrift für Parlamentsfragen mit den Überlebenschancen der Grünen vor dem Erfahrungshintergrund der FDP beschäftigt. Sein Titel lautet "Totgesagte leben häufig länger, manchmal lange". Er bescheinigt den Grünen einen "bemerkenswerten Siegeszug, mindestens aber einen erstaunlichen Lernprozess" (ebda.: 842) und unterzieht das gegenwärtige Krisengerede einer kritischen empirischen Überprüfung.

Dass die Grünen seit ihrer Beteiligung an der Bundesregierung bei allen Landtagswahlen Verluste hinnehmen mussten, weist nicht notwendigerweise auf ein schlechtes Abschneiden bei der bevorstehenden Bundestagswahl hin. Es könnte auch der in der Wahlforschung seit langem bekannte Effekt des "zyklischen Wahlverhaltens" (Dinkel 1977, 1989) vorliegen. Danach können Regierungsparteien auf Bundesebene während der Legislaturperiode bei Landtagswahlen mit Verlusten konfrontiert werden, weil sich bei ihren Anhängern eine zunehmende Distanz zwischen hoffnungsfrohen Erwartungen, dass sich nun alles rasch zum Besseren wenden würde, und der ernüchternden Realität der handlungsbegrenzten und Sachzwängen unterworfenen Regierungspraxis einstellt. Wenn gegen Ende der Legislaturperiode, vor allem im Bundestagswahlkampf, wieder Grundsatzprobleme, Machtfragen und Parteibindungen an Bedeutung gewinnen, kann auch die Popularitätskurve der Regierungspartei wieder ansteigen. Beim "zyklischen Wahlverhalten" handelt es sich zwar nicht um eine Regel, aber doch um einen auch in anderen europäischen Ländern bekannten Effekt (Reif 1984), von dem bereits alle Bundestagsparteien profitiert haben und von dem auch die Grünen profitieren könnten.

Die seit dem Eintritt in die Bundesregierung zu verzeichnenden Wählerverluste lassen sich auch kaum auf binnenstrukturelle Faktoren zurück führen. Abgesehen einmal davon, dass auf diesem Gebiet in den vergangenen Jahren einige Fortschritte erzielt worden sind, war es um die Strategiefähigkeit der Grünen auch in den Zeiten nicht wesentlich besser bestellt, wo sie enorme Wahlerfolge verbuchen konnten.

Es sei daran erinnert, dass die Partei nach dem Debakel der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl trotz vieler Unkenrufe einen erstaunlichen Auftrieb erlebte. In vielen Ländern erzielten die Grünen zwischen 1994 und 1997 ihre bislang besten Resultate, bei der Europawahl 1994 sogar 10,1 Prozent (Tabelle 1, S. 12ff.), und in Unfragen brachten sie es seinerzeit bei der "Sonntagsfrage" bis auf 12 Prozent (Grafik 1, S. 15), in der "Politischen Stimmung" sogar bis auf 14 Prozent. Und dies alles ohne "strategisches Zentrum" und mit "Doppelspitze". Damals war Hubert Kleinert (1996: 44) sogar davon überzeugt, dass die Partei nun gut gerüstet sei, um im Bund Verantwortung zu übernehmen.

Die Flaute, in der sich die Grünen gegenwärtig befinden, setzte auch nicht mit der Beteiligung an der Bundesregierung ein, auch nicht mit dem Magdeburger Parteitag im März 1998, auf dem der legendäre Fünf-Mark-Beschluss gefällt worden war, sondern bereits um die Jahreswende 1997/98 (Grafiken 1 u. 2, S. 15). Das Auf und Ab in der Wählergunst hängt weder bei den Grünen noch bei den anderen Parteien allein von internen Faktoren ab, sondern immer auch von den gesellschaftlich-politischen Rahmenbedingungen und von den speziellen Wettbewerbskonstellationen bei einer Wahl. Davon können insbesondere die Grünen in Ostdeutschland ein Lied singen, weil sich dort die Gelegenheitsstrukturen für grüne Wahlerfolge nur zögerlich herausbilden.

Ich will es an dieser Stelle bei dem Fazit belassen, dass sich in der Literatur sehr unterschiedliche Auffassungen über den Zustand und die Zukunft der Grünen finden, und noch ein weiteres Charakteristikum der Partei erwähnen, das mir nicht unbedeutend erscheint.

Worin sich die Grünen auch von den etablierten Parteien unterscheiden und was Studierende, Lehrende und Forschende an ihnen besonders schätzen, ist ihre Transparenz und ihre Bereitschaft, das Informationsbedürfnis der Wissenschaft zu befriedigen - soweit sie denn dazu in der Lage sind. Anfangs dominierten allerdings erhebliche Widerstände gegen die systematische Sammlung und Aufbereitung von Zeugnissen grüner Geschichte und Praxis. Selbst mit der Verschriftlichung wichtiger Ereignisse taten sich die Grünen zunächst schwer. So veröffentlichte der frühere Bundespressesprecher Michael Schroeren erst anlässlich des zehnten Geburtstages der Partei (der übrigens nicht festlich begangen wurde) ein vollständiges und authentisches Wortprotokoll des Gründungsparteitags in Karlsruhe auf der Grundlage von Tonbandmitschnitten, einer früheren (unvollständigen) Abschrift der Tonbänder und Befragungen von Delegierten und Zeitzeugen. In seinem Vorwort zu dem 1990 erschienenen Band fragt Schroeren nach den Ursachen für diesen sorglosen Umgang mit der eigenen Vergangenheit:

"Gruselt's den Grünen gar vor ihrer eigenen Geschichte? Dass sie besonders liebevoll oder achtsam mit den Dokumenten ihrer Gründung umgingen, lässt sich angesichts verstaubender Akten-

ordner, gelöschter Tonbänder und unkorrigierter Protokolle jedenfalls nicht behaupten. Was sie in ihrem Archiv aufbewahrt haben, ist zwar zugänglich für jeden Interessenten, aber ausgewertet haben sie es selber nie, geschweige denn veröffentlicht. Ein trockenes und dazu noch ungenaues Verlaufsprotokoll ihres Gründungsakts haben sie pflichtgemäß angefertigt, wohl geeignet zur Vorlage beim Bundeswahlleiter, aber kaum dazu, den Trubel und Jubel ihrer Geburtsstunde zu überliefern." (Schroeren 1990: 8).

Wenn sich die archivalische Situation zwischenzeitlich auch grundlegend geändert hat, wovon wir uns heute eindrucksvoll überzeugen können, so besteht das Grundproblem doch unverändert fort. In seinem neuesten Buch über die "Zukunft der Grünen" schreibt Joachim Raschke. "Zwar haben die Grünen ein großes und hervorragendes Archiv aufgebaut ('Archiv Grünes Gedächtnis'), aber ihnen selbst fehlt ein kollektives Gedächtnis. Sie können nicht definieren, was ihre Erfolge und ihre Misserfolge, was ihre *gemeinsamen* [Hv. i. O.] Kämpfe waren." (Raschke 2001: 371)

Mit anderen Worten: Es mangelt den Grünen an "Wir-Gefühl", an einer gemeinsamen "Basiserzählung" ihrer Geschichte in West und Ost, an der Fähigkeit, Erfolge zu akzeptieren und zu feiern, kurz: an Identität. Folgt man Dieter Rucht (1995: 10), dann lässt sich kollektive Identität bestimmen "als ein Syndrom von Bewusstseins- und Ausdrucksformen von ... Personen, welche um ihre Zusammengehörigkeit ... wissen, diese – im Regelfall – handlungspraktisch demonstrieren und insofern auch von ihrer Umwelt als zusammengehörig wahrgenommen werden".

Der Frage, "was die Grünen zusammenhält" (H. Wiesenthal 1999: 44), ist häufig nachgegangen worden. Antworten wurden auf den Gebieten der Grundwerte, der politischen Ziele, der sozialen Basis, der Interessen, der Organisationsstruktur und der internen Integrationsmechanismen (z.B. H. Wiesenthal 1999: 44ff.; Raschke 2001: 367ff.) gesucht, aber nicht gefunden. Unbeständigkeit und Unübersichtlichkeit behinderten die Herausbildung von Identität. Daher erschien es nahe liegend, ihre Identität nicht positiv mittels interner Integrationsfaktoren zu bestimmen, sondern negativ in der Abgrenzung nach außen zu suchen, gegenüber dem Establishment, den etablierten Parteien. Petra Kellys Selbstbeschreibung als "Anti-Partei" (Kelly 1980) bzw. als "Antipartei(en)-Partei" (Mettke/Degler 1982: 31) weist in diese Richtung. Ebenso die Absichtserklärung im Bundesprogramm von 1980: "Wir sind die Alternative zu den herkömmlichen Parteien".

Gewiss: Anfangs waren die Grünen gegen Kapitalismus, Wachstumsfetischismus und moderne Technik, gegen Machtkonzentration, Zentralismus und Eliten und natürlich gegen Gewalt und Atomkraftwerke. Manches davon ist im Laufe der rasanten Entwicklung der Partei mehr oder weniger stark relativiert worden. Aber darum geht es mir nicht. Ich bezweifele, dass der umfassende Katalog von Anti-Haltungen hinreichend konsistent und tragfähig war, um Identität zu stiften. Dies gilt

entsprechend für den Antikommunismus der Bürgerbewegungen in der DDR. Zur Illustration greife ich das Beispiel Gewalt heraus:

Gründungsanlass für die grün-alternativen Listen Ende der siebziger Jahre war das Scheitern der Anti-Atombewegung. Damals hatte sich der Atomkonflikt dramatisch zugespitzt. Ende 1976 kam es während der Demonstrationen gegen das geplante AKW bei Brokdorf zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen, und die Auseinandersetzungen zwischen den Bewachern des festungsartig ausgebauten Bauplatzes für ein AKW bei Grohnde und den Demonstranten im März 1977 ist zu Recht als "blutige Schlacht" bezeichnet worden. Der außerparlamentarische Widerstand der Atomgegner war in eine Sackgasse geraten, weil sich der Kampf gegen einen hoch gerüsteten und gut organisierten Polizeiapparat als sinnlos erwies und die enorme Militanz das Anliegen der Atomgegner bei der Bevölkerung in Misskredit gebracht hatte. Es setzte sich schrittweise und konflikthaft die Einsicht durch, dass neue, gewaltfreie und vor allem eben auch parlamentarische Wege beschritten werden müssten, um das Atomprogramm der Bundesregierung aussichtsreich zu verhindern.

Das Verhältnis zur Gewalt blieb dennoch strittig. Teile der Grünen vertraten einen kompromisslosen Pazifismus, andere unterstützten Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt und sammelten Geld für "Waffen für El Salvador". Das "Friedensmanifest" der Grünen bemühte sich um einen Minimalkonsens: gegen Krieg und Wettrüsten, für gewaltfreien Widerstand und soziale Verteidigung. Das war im Oktober 1981. Der im noch gültigen Bundesprogramm von 1980 proklamierte Grundsatz der Gewaltfreiheit, die Überzeugung, dass Gewaltfreiheit "uneingeschränkt und ohne Ausnahme" zwischen allen Menschen, Gruppen und Völkern gilt, wird im Programmtext übrigens sogleich mit Verweis auf das Recht auf Notwehr und das Widerstandsrecht relativiert.

Auf die Aussage "wir sind gegen Gewalt" lässt sich also deshalb keine kollektive Identität gründen, weil sie eher Diskussionen oder sogar Streit provoziert als Konsens und Integration befördert.

Auch die Suche nach Identität stiftenden Gegnern führt nicht zum Erfolg. Für zwei bis höchstens drei Jahre mag das die SPD gewesen sein. Dann setzte allerdings eine Annäherung an die SPD - Kritiker meinen sogar: die "Sozialdemokratisierung" der Grünen - ein. Die bürgerlichen, geschweige denn die rechtsextremen Parteien taugten sowieso nicht zur Konstituierung eines grünen "Wir-Gefühls". Und überhaupt bildeten die etablierten Parteien nicht die Gegner der Grünen, sondern ihre Konkurrenten im Parteienwettbewerb, den die Grünen allenfalls bis Mitte der achtziger Jahre als lupenreine Opposition bestritten. Bereits 1985 traten sie in die hessische Landesregierung ein, dann folgten Regierungsbeteiligungen in weiteren acht Bundesländern und schließlich die Koalition auf Bundesebene. Die Bündnisgrünen in Ostdeutschland befinden sich zwar in prinzipieller Geg-

nerschaft zur PDS, ließen sich in Sachsen-Anhalt allerdings in einer rot-grünen Regierung von den Postkommunisten tolerieren.

Den Grünen mangelt es also, so meine These, an positiv oder negativ bestimmter Identität. Das gilt für die West-Grünen, für die Ost-Grünen und für die Bundespartei sowieso. Die von unterschiedlicher Seite vorgetragene Behauptung, die Grünen hätten auf ihrem Weg von einer Bewegungspartei zu einer Regierungspartei ihre Identität aufgegeben, entbehrt mithin jeglicher Grundlage. Meine These gewinnt allerdings erst dann politische Relevanz, wenn es sich um einen wirklich bedeutsamen Mangel handelt. Dies ließe sich zunächst einmal mit guten Argumenten bezweifeln.

Elmar Wiesendahl (2000) hat unlängst in einem bemerkenswerten Aufsatz dargelegt, dass sich die Großparteien in der Bundesrepublik gegenwärtig im Zustand der Identitätsauflösung befinden. Er beschreibt die Entstehung der modernen Massenparteien als einen "Identitätsbildungsprozess", der dazu geführt habe, dass die "Anhängerschaft im Großen und Ganzen die von ihrer Partei auf die Fahnen geschriebenen Interessen und politischen Zielvorstellungen als die ihren begreift und sich eins weiß mit dem, was sie als Sprachrohr und Anwalt treuhänderisch vertritt" (ebda.: 277). Die Interessen von Parteiführung, Mitgliedern und Wählern seien damals als weithin übereinstimmend angesehen worden, und die Beteiligten hätten sich als "Schicksalsgemeinschaft" empfunden, die sich auf Solidarität und Loyalität gründet.

Mit dem Übergang von der klassischen Industriegesellschaft zur postindustriellen Gesellschaft haben sich die Massenintegrationsparteien bekanntlich zu Volksparteien entwickelt, denen es vorranglich um Stimmenmaximierung bei Wahlen geht. Bei ihrer Öffnung für zusätzliche Wählerschichten – so Wiesendahl - hätten sich die Loyalitätsverpflichtungen der Parteiliten gegenüber ihren Anhängern als "hinderliche Identitätslast" (ebda.: 281) erwiesen. Die Expansionserfolge der Volksparteien auf den Wählermärkten seien mit dem Rückbau von kollektiver Identität erkaufte worden. Und je mehr sich der Parteienwettbewerb an kommerziellen Prinzipien orientiere, desto rascher vollziehe sich bei den Volksparteien die Identitätsauflösung.

Warum, so ist zu fragen, sollten die Grünen heute Integrations- und Repräsentationsleistungen erbringen, die in der modernen Massenkommunikationsgesellschaft als anachronistisch gelten und die überdies im Verdacht stehen, sich im Parteienwettbewerb hinderlich auszuwirken. Die spontane Antwort könnte lauten: weil die Grünen schon immer anders sein wollten als die anderen. Kollektive Identität von Führungsgruppen, Parteimitgliedern und Wählern weist in der durch Unübersichtlichkeit gekennzeichneten Postmoderne aber auch Vorteile auf:

- Identität trägt zur institutionellen Stabilität und Kontinuität von Parteien bei.
- Identität bedeutet ein klares politisches Profil und macht die Parteien einzigartig und unverwechselbar.
- Identität vermittelt Orientierung und das Gefühl von Zugehörigkeit, Zusammengehörigkeit, von politischer Heimat.
- Identität gewährleistet in gewissem Umfang die Loyalität von Mitgliedern und Wählern. Das erleichtert bei Wahlen die Mobilisierung des Stammpublikums und begrenzt Abwanderung zu anderen Parteien.

Kollektive Identität stellt mithin eine wichtige Ressource der Parteien bei der Durchsetzung ihrer politischen Ziele dar. Natürlich können, wie wir gerade gesehen haben, Parteien auch ohne diese Ressource erfolgreich sein und Wahlen gewinnen. Das gilt auch für die Grünen. Identitätsmangel bedeutet aber auch Unsicherheit, Anfälligkeit für Stimmungen bzw. Stimmungsumschwünge und Abhängigkeit von externen und kurzfristigen Determinanten des politischen Verhaltens. Die gegenwärtig zu beobachtende enorme Flexibilität im Wahlverhalten ist eine Folge des Identitätsverlusts der Großparteien. Damit können diese offenbar (jedenfalls noch) gut leben, weil damit nicht nur das Risiko von Wahlniederlagen, sondern eben auch die Chance für Wahlerfolge gewachsen ist. Machtwechsel erscheinen heute öfter möglich als früher. Allerdings hat gleichzeitig die Fragmentierung des Parteiwesens zugenommen.

Bei parlamentarischen Kleinparteien, die nur auf eine schmale und zudem noch labile Gefolgschaft zählen können, birgt Identitätsmangel jedoch erhebliche Gefährdungen. In stark kommerzialisierten, personalisierten und polarisierten Wahlkämpfen können sie leicht zwischen die Mühlsteine der Großen geraten. Für sie dürfte die Ressource Identität daher mehr Vorteile als Nachteile mit sich bringen. Dies gilt insbesondere für die Grünen, weil sie ihre libertären Ziele nur glaubhaft vertreten können, wenn auch ihre Praxis libertären Anforderungen entspricht. Das bedeutet, dass die grünen Eliten in enger Wechselbeziehung zu ihren Mitgliedern und zu ihren gesellschaftlichen Bezugsgruppen anwaltschaftlich agieren und ihre Basis nicht, wie die Volksparteien, zum Zwecke "elektoraler Erfolgssteigerung" instrumentalisieren (E. Wiesendahl 2000: 280).

Abschließend werde ich mich der Frage zuwenden, warum sich bei den Grünen kein Identitätsbildungsprozess vollzogen hat, obwohl Identität doch eigentlich ein Wesensmerkmal der Partei darstellen sollte. Das bringt mich zum Verhältnis der Grünen zur Macht.

Macht war für die Grünen anfangs negativ besetzt. Macht galt als illegitimes Herrschaftsmittel und wurde mit Gewalt gleich gesetzt, weil Macht als Gewalt empfunden wurde. Die Grünen wollten

nicht Macht ausüben, sondern – getreu dem Leitspruch "keine Macht für niemand" – Macht verhindern oder wenigstens doch kontrollieren. Dass sie zuvor als Anti-Atombewegung und später zum Beispiel auch als Friedensbewegung dem Staat oder der Atomwirtschaft ihren Willen aufzwingen wollten und damit im Sinne Max Webers (1956: 28) sehr wohl Macht ausübten, kam ihnen nicht in den Sinn, weil die Aktivitäten der neuen sozialen Bewegungen gerechtfertigt erschienen. Dies galt entsprechend für die Bürgerbewegungen in der DDR, die dann sogar erfolgreich die Machtfrage stellten. In beiden Fällen scheint der fundamentaloppositionelle Impetus so dominant gewesen zu sein, dass nicht erkannt wurde, dass auch demokratische Systeme nicht ohne Macht auskommen. Entscheidend ist die Verteilung, Legitimation, Begrenzung und Kontrolle von Macht. Auch in demokratischen, selbst in radikaldemokratischen Parteien finden Prozesse der Machtbildung statt, muss – das geht an die Adresse der Grünen in Ostdeutschland – um Macht gekämpft werden.

Als sich die Grünen Ende der siebziger Jahre entschieden, die Form der Partei anzunehmen, um dergestalt die parlamentarische Bühne zu betreten, bedeutete das nicht nur, den Bewegungen eine Stimme in den Parlamenten zu verschaffen, sondern die Beteiligung am Prozess der staatlichen Willensbildung und Machtausübung, einschließlich der damit verbundenen Erfolgchancen und Anpassungs- bzw. Verselbständigungsrisiken. Während die Gegner des parlamentarischen Wegs einseitig die Risiken betonten, hatten die Befürworter von Wahlbeteiligungen zumeist sehr diffuse Vorstellungen von ihrer Rolle als Abgeordnete. Die damalige Bundesvorsitzende der Grünen, Petra Kelly, äußerte sich dazu so: "Ich möchte, dass eine starke Basisbewegung wie unsere eine Stimme im Parlament hat – aber nicht, um eine Koalition einzugehen und Macht erwerben zu können." Sie könne sich jedoch vorstellen, "dass wir Minderheitsregierungen tolerieren, wenn die Bedingungen dafür geschaffen werden." Aber: "Wenn die Grünen eines Tages anfangen, Minister nach Bonn zu schicken, dann sind es nicht mehr die Grünen, die ich mit aufbauen wollte." (Mettke/Degler 1982: 30f.). Und Antje Vollmer formulierte kurz und bündig: Parteien seien "Machterwerbssinstrumente", die Grünen hätten dagegen die Aufgabe "Macht zu kontrollieren" (zit. Nach Weinberger 1984: 127). Wo die Grenze zwischen "normalen" Parteien und Antiparteien-Parteien verläuft, blieb offen.

Weil die Grünen zunächst über keine klare Selbstdefinition als Parlamentspartei verfügten (wobei es sich schließlich um ein existenzielles Problem handelte), konnten sie auch keine kollektive Identität ausbilden. Nach dem formalen Gründungsakt wurden sie in aller kürzester Zeit in mehrere Parlamente gespült, ohne dass ihnen die Muße vergönnt war, sich über die Bedeutung dieser Entwicklung klar zu werden. Es war schließlich das Verdienst der Realos, dass die Machtfrage überhaupt auf die Tagesordnung gelangte. Sie wurde freilich primär unter strukturellen Gesichtspunkten diskutiert. Im Vordergrund standen Pragmatismus und Effizienz, der widersprüchliche Zusammenhang von Macht und Identität erschloss sich keiner der an den innerparteilichen Kämpfen be-

teiligten Gruppen und Strömungen. Ein "Wir-Gefühl" konnte unter diesen Bedingungen nicht entstehen.

Die Besonderheit der Grünen besteht darin, dass sie nicht etwa bewusst nach parlamentarisch-politischer Macht gegriffen haben, sondern gewissermaßen aus dem Stand von einer mächtigen Woge aus Unzufriedenheit, Protest, sozialem und Wertewandel an die Macht getragen wurden. Daher sind sie mit einer Fülle von Widersprüchen, Ungleichzeitigkeiten und Unzulänglichkeiten belastet, die bei dem organischen Wachstum von Parteien in der Regel nicht so massiv und bedrohlich auftreten. Offenbar hat erst das Desaster der West-Grünen bei der Bundestagswahl 1990 wichtige Lernprozesse bewirkt. Zwar gibt es für die Grünen kein Weg zurück (zumal der Bewegungssektor seit Mitte der achtziger Jahre erheblich an Dynamik verloren hat). Aber ihre Zukunft liegt auch nicht in der Anpassung an die Wettbewerbsmechanismen des Volksparteiensystems.

Daher macht es meines Erachtens wenig Sinn, wenn sich die Partei nun in einen amerikanisierten Wahlkampf stürzt, um ihre Machtposition zu verteidigen. Ihre Hauptaufgabe sollte darin bestehen, den Identitätsbildungsprozess energisch voranzutreiben, den libertären Sektor politisch-programmatisch zu besetzen und Zukunftsvisionen zu entwickeln.

| Tabelle 1: (Zweit-)Stimmenanteile, Veränderungen gegenüber der Vorwahl, Spannweiten ¹⁾ sowie arithmetische Mittel ²⁾ der Stimmenanteile für die Europa-, Bundestags- und Landeswahlen von Bündnis 90/Die Grünen ³⁾ (Prozent bzw. Prozentpunkte) | | | | |
|--|-------------|-------------|------------|--------|
| | Anteil | Veränderung | Spannweite | Mittel |
| Europa | | | 6,9 | 7,3 |
| 1979 | 3,2 | | | |
| 1984 | 8,2 | +5,0 | | |
| 1989 | 8,4 | +0,2 | | |
| 1994 | 10,1 | +1,7 | | |
| 1999 | 6,4 | -3,7 | | |
| Bund | | | 6,8 | 5,7 |
| 1980 | 1,5 | | | |
| 1083 | 5,6 | +4,1 | | |
| 1987 | 8,3 | +2,7 | | |
| 1990 | 5,0 | -3,3 | | |
| 1994 | 7,3 | +2,3 | | |
| 1998 | 6,7 | -0,6 | | |
| Baden-Württemberg | | | 6,8 | 8,4 |
| 1980 | 5,3 | | | |
| 1984 | 8,0 | +2,7 | | |
| 1988 | 7,9 | -0,1 | | |
| 1992 | 9,5 | +1,6 | | |
| 1996 | 12,1 | +2,6 | | |
| 2001 | 7,7 | -4,4 | | |
| Bayern | | | 5,7 | 5,4 |
| 1978 | 1,8 | | | |
| 1982 | 4,6 | +2,8 | | |
| 1986 | 7,5 | +2,9 | | |
| 1990 | 6,4 | -1,1 | | |
| 1994 | 6,1 | -0,3 | | |
| 1998 | 5,7 | -0,4 | | |
| Berlin ⁴⁾ | | | 9,5 | 9,4 |
| 1979 | 3,7 | | | |
| 1981 | 7,2 | +3,5 | | |
| 1985 | 10,6 | +3,4 | | |
| 1989 | 11,8 | +1,2 | | |
| 1990 | 9,3 | -2,5 | | |
| 1995 | 13,2 | +3,9 | | |
| 1999 | 9,9 | -3,3 | | |
| 2001 | 9,1 | -0,8 | | |
| Brandenburg | | | 7,3 | 4,7 |
| 1990⁵⁾ | 9,2 | | | |
| 1994 | 2,9 | -6,3 | | |
| 1999 | 1,9 | -1,0 | | |

Forts. Tabelle 1

| | Anteil | Veränderung | Spannweite | Mittel |
|----------------------------|-------------|-------------|------------|--------|
| Bremen | | | 7,7 | 9,3 |
| 1979 ⁶⁾ | 6,5 | | | |
| 1983 | 5,4 | -1,1 | | |
| 1987 | 10,2 | +4,8 | | |
| 1991 | 11,4 | +1,2 | | |
| 1995 | 13,1 | +1,7 | | |
| 1999 | 9,0 | -4,1 | | |
| Hamburg | | | 9,4 | 8,8 |
| 1978 ⁷⁾ | 4,5 | | | |
| 1982 ⁸⁾ | 7,7 | +3,2 | | |
| 1982 ⁹⁾ | 6,8 | -0,9 | | |
| 1986 | 10,4 | +3,6 | | |
| 1987 | 7,0 | -3,4 | | |
| 1991 | 7,2 | +0,2 | | |
| 1993 | 13,5 | +6,3 | | |
| 1997 | 13,9 | +0,4 | | |
| 2001 | 8,5 | -5,4 | | |
| Hessen | | | 9,2 | 7,5 |
| 1978 ¹⁰⁾ | 2,0 | | | |
| 1982 | 8,0 | +6,0 | | |
| 1983 | 5,9 | -2,1 | | |
| 1987 | 9,4 | +3,5 | | |
| 1991 | 8,8 | -0,6 | | |
| 1995 | 11,2 | +2,4 | | |
| 1999 | 7,2 | -4,0 | | |
| Mecklenburg-Vorp. | | | 6,6 | 5,2 |
| 1990¹¹⁾ | 9,3 | | | |
| 1994 | 3,7 | -5,6 | | |
| 1998 | 2,7 | -1,0 | | |
| Niedersachsen | | | 3,5 | 6,2 |
| 1978 ¹²⁾ | 3,9 | | | |
| 1982 | 6,5 | +2,6 | | |
| 1986 | 7,1 | +0,6 | | |
| 1990 | 5,5 | -1,6 | | |
| 1994 | 7,4 | +1,9 | | |
| 1998 | 7,0 | -0,4 | | |
| Nordrhein-Westfalen | | | 7,0 | 5,9 |
| 1980 | 3,0 | | | |
| 1985 | 4,6 | +1,6 | | |
| 1990 | 5,0 | +0,4 | | |
| 1995 | 10,0 | +5,0 | | |
| 2000 | 7,1 | -2,9 | | |
| Rheinland-Pfalz | | | 2,4 | 5,8 |
| 1983 | 4,5 | | | |
| 1987 | 5,9 | +1,4 | | |
| 1991 | 6,5 | +0,6 | | |
| 1996 | 6,9 | +0,4 | | |
| 2001 | 5,2 | -1,7 | | |

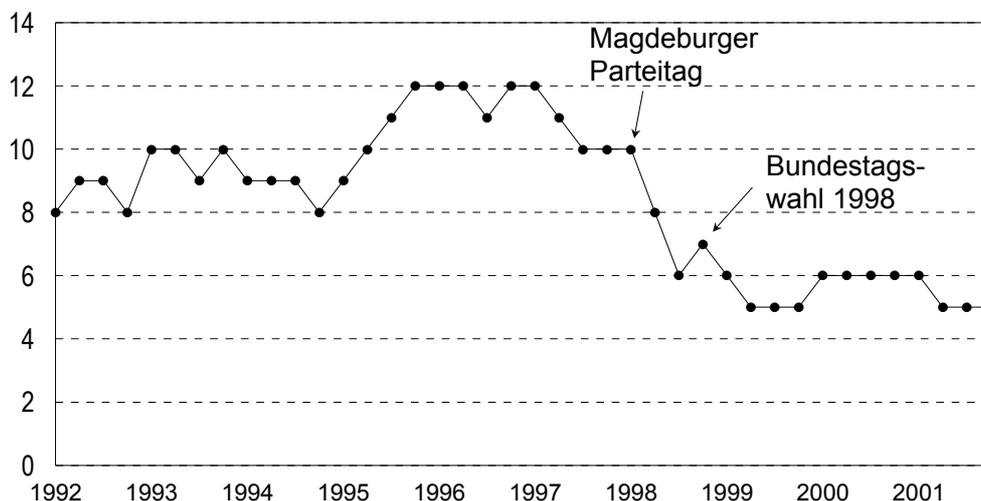
Forts. Tabelle 1

| | Anteil | Veränderung | Spannweite | Mittel |
|---------------------|------------|-------------|------------|--------|
| Saarland | | | 2,6 | 3,3 |
| 1980 | 2,9 | | | |
| 1985 | 2,5 | -0,4 | | |
| 1990 | 2,6 | +0,1 | | |
| 1994 | 5,5 | +2,9 | | |
| 1999 | 3,2 | -2,3 | | |
| Sachsen | | | 3,0 | 4,1 |
| 1990 | 5,6 | | | |
| 1994 | 4,1 | -1,5 | | |
| 1999 | 2,6 | -1,5 | | |
| Sachsen-Anhalt | | | 2,1 | 4,5 |
| 1990 | 5,3 | | | |
| 1994 | 5,1 | -0,2 | | |
| 1998 | 3,2 | -1,9 | | |
| Schleswig-Holstein | | | 5,7 | 4,6 |
| 1979 ¹³⁾ | 2,4 | | | |
| 1983 | 3,6 | +1,2 | | |
| 1987 | 3,9 | +0,3 | | |
| 1988 | 2,9 | -1,0 | | |
| 1992 | 4,9 | +2,0 | | |
| 1996 | 8,1 | +3,2 | | |
| 2000 | 6,2 | -1,9 | | |
| Thüringen | | | 4,6 | 4,3 |
| 1990 | 6,5 | | | |
| 1994 | 4,5 | -2,0 | | |
| 1999 | 1,9 | -2,6 | | |

- 1) Differenz zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Stimmenanteil.
- 2) Summe der Stimmenanteile geteilt durch die Anzahl der Wahlen.
- 3) Vereinigung von Grünen und Bündnis 90 im Mai 1993; Vereinigung von West-Grünen und Ost-Grünen im Oktober 1990.
- 4) 1979-1989: AL; 1990: Die Grünen/AL und B90/G+UFV.
- 5) Die Grünen und B90.
- 6) BGL und AL.
- 7) BLW und GLU.
- 8) GAL (Juni).
- 9) GAL (Dezember).
- 10) GLH und GLU und GAZ.
- 11) Grüne und B90 und NF.
- 12) GLU.
- 13) GLSH.

Grafik 1: Die Anhänger der Bündnisgrünen 1992-2001

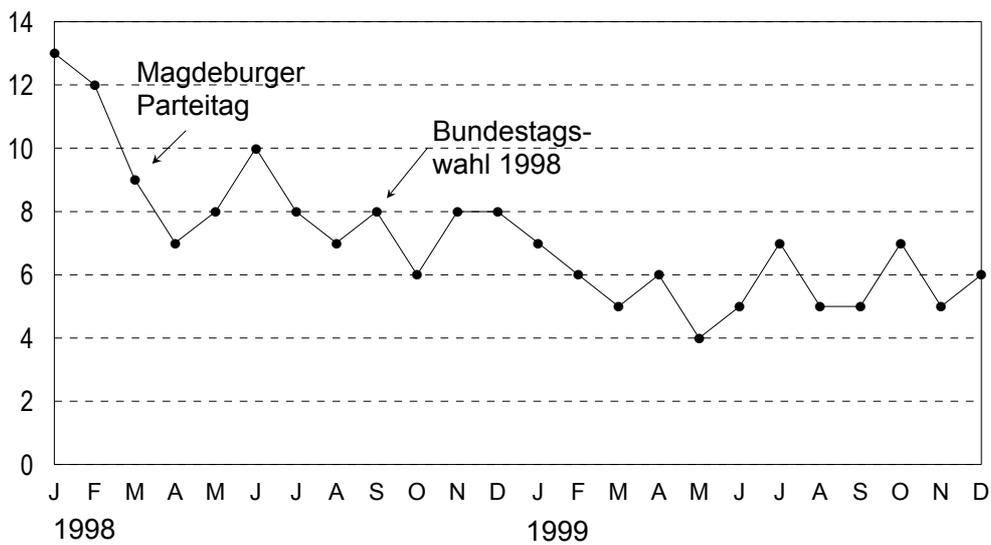
Projektion "Sonntagsfrage"



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen Politbarometer (Quartalsdurchschnitte)

Grafik 2: Die Anhänger der Bündnisgrünen 1998-1999

Politische Stimmung



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen Politbarometer

Literatur

- Dinkel, Reiner (1977): Der Zusammenhang zwischen Bundes- und Landtagswahlergebnissen, in: Politische Vierteljahresschrift, 18. Jg., H. 2/3, S. 348-359.
- Dinkel, Reiner (1989): Landtagswahlen unter dem Einfluss der Bundespolitik: Die Erfahrungen der letzten Legislaturperioden, in: Jürgen W. Falter/Hans Rattinger/Klaus G. Troitzsch (Hrsg.), Wahlen und politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a. M.: Peter Lang, S. 253-262.
- Ebbighausen, Rolf (1981): Politische Soziologie. Zur Geschichte und Ortsbestimmung, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Hoogvliet, Rudi/Michael Wedell (2001): "Von der Anti-Parteien-Partei zur Alternative im Parteiensystem": Bündnis 90/Die Grünen, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 14. Jg., H. 3, S. 52-58.
- Horst, Patrick (2001): Totgesagte leben häufig länger, manchmal lange. Zu den Überlebenschancen der Grünen vor dem koalitionspolitischen Erfahrungshintergrund der FDP, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 32. Jg., H. 4, S. 841-860.
- Hurrelmann, Achim (2001): Zwischen Regierungsverantwortung und Bewegungserbe. Parteireform bei Bündnis 90/Die Grünen, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 14. Jg., H. 3, S. 46-51.
- Kelly, Petra Karin (1980): Die vierte Partei – eine wählbare ökologische, gewaltfreie, soziale und basisdemokratische Anti-Partei, in: Hans-Werner Lüdke/Olaf Dinné (Hrsg.), Die Grünen. Personen – Projekte – Programme, Stuttgart: Seewald, S. 62-80.
- Kleinert, Hubert (1996): Bündnis 90/Die Grünen: Die neue dritte Kraft?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6, S. 36-44.
- Klotzsch, Lilian/Richard Stöss (1984): Die Grünen, in: Richard Stöss (Hrsg.), Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Bd. 2, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 1509-1598.
- Mettke, Jörg R./Hans-Dieter Degler (1982): "Wir müssen die Etablierten entblößen, wo wir können". Spiegel-Gespräch mit der Bundesvorsitzenden der Grünen, Petra K. Kelly, in: Jörg R. Mettke (Hrsg.), Die Grünen. Regierungspartner von morgen?, Hamburg: Reinbek (Spiegel-Buch), S. 26-35.
- Raschke, Joachim (1991): Krise der Grünen. Bilanz und Neubeginn, Marburg: Schüren.
- Raschke, Joachim (1993): Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln: Bund-Verlag.
- Raschke, Joachim (2001): Die Zukunft der Grünen. "So kann man nicht regieren", Frankfurt a. Main/New York: Campus Verlag.
- Reif, Karlheinz (1984): National Electoral Cycles and European Elections 1979 and 1984, in: Electoral Studies, 3. Jg., H. 3, S. 244-255.
- Rucht, Dieter (1995): Kollektive Identität: Konzeptionelle Überlegungen zu einem Desiderat der Bewegungsforschung, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 8. Jg., H. 1, S. 9-23.
- Rulff, Dieter (2001): Abschied vom Gründungsmythos – "New Green", in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 14. Jg., H. 3, S. 59-63.
- Schmid, Thomas (1986): Zwischen oder auf den Tankern? Der schwierige Weg der Grünen in die Reformpolitik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11, S. 3-15.
- Schroeren, Michael (Hrsg.)(1990): Die Grünen. 10 bewegte Jahre, Wien: Ueberreuter.
- Weber, Max (1956): Wirtschaft und Gesellschaft, 4. Aufl., Tübingen: Mohr.

- Weinberger, Marie-Luise (1984): Aufbruch zu neuen Ufern? Grün-Alternative zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Bonn: Verlag Neue Gesellschaft.
- Wiesendahl, Elmar (2000): Identitätsauflösung. Anschlussuche der Großparteien an die postindustrielle Gesellschaft, in: Robert Hettlage/Ludgera Vogt (Hrsg.), Identitäten in der modernen Welt, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 275-295.
- Wiesenthal, Helmut (1999): Bündnisgrüne in der Lernkurve. Erblast und Zukunftsoption der Regierungspartei, in: Kommune, Nr. 5, S. 35-50.
- Wiesenthal, Helmut (2000): Profilkrisen und Funktionswandel. Bündnis 90/Die Grünen auf dem Weg zu einem neuen Selbstverständnis, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5, S. 22-29.